

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Politische Bildung in Schulen erneuern – Gemeinschaftskunde modernisieren und ausweiten**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Erneuerung der politischen Bildung in den sächsischen Schulen

1. dem Landtag eine Analyse über den Ist-Zustand der politischen Bildung in den Schulen des Landes vorzulegen,
2. den Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde inhaltlich und methodisch-didaktisch auf den neuesten Stand politikwissenschaftlicher und soziologischer Erkenntnisse zu bringen, insbesondere im Hinblick auf den „universalistischen Kern von Demokratie und Menschenrechten“ (Jürgen Habermas) sowie die Pluralisierung religiöser und kultureller Lebensweisen in der Gesellschaft;
3. die Modernisierung des Unterrichtsfachs durch die Umbenennung von „Gemeinschaftskunde“ in „Politische Bildung“ zu dokumentieren,
4. die „Politische Bildung“ ab Klasse 5 durchgehend zu erteilen und in der Stundentafel als ein Zwei-Stundenfach auszuweisen sowie
5. für das Fach „Politische Bildung“ einen Rahmenlehrplan und entsprechende Unterrichtsbausteine zu erstellen.

Dresden, den 15. März 2017

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat in einer Faktensammlung aus dem Jahr 2014 nachgewiesen, dass Sachsen in der schulischen politischen Bildung hinter den anderen Bundesländern zurückliegt. Die KAS analysierte, wie viele Wochenunterrichtsstunden an Deutschlands Schulen im Fächerverbund „Gesellschaftswissenschaften“ gehalten werden. Dazu zählen neben politischer Bildung/Sozialkunde vor allem die Fächer Geschichte, Wirtschaft, Recht, Geografie. Demnach sind es bei einem Hauptschüler bzw. -schülerin im Verlauf der gesamten Schullaufbahn im Schnitt der Bundesländer 204 Unterrichtsstunden, bei einem Realschüler bzw. -schülerin 201 und bei einem Gymnasiasten bis Klasse 10 in der Sekundarstufe I 167 Stunden. In Sachsen kommt ein Hauptschüler bzw. -schülerin lediglich auf 40, ein Realschüler bzw. -schülerin auf 80 und ein Gymnasiast auf 53 Unterrichtsstunden. Im Ländervergleich liegt Sachsen damit an vorletzter bzw. letzter Stelle. Ein Hauptschüler bzw. -schülerin in Niedersachsen hat in seiner Schullaufbahn mit 400 Unterrichtsstunden in schulischer politischer Bildung zehnmal so viel wie ein Hauptschüler bzw. -schülerin in Sachsen.

Dass der politische Unterricht in Sachsens Schulen zu kurz komme, beklagt auch der Landesschülerrat. Er verweist auf Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, wo politische Bildung bereits in der sechsten bzw. in der fünften Klasse unterrichtet wird. Die sächsische Schülerversammlung wünscht sich „eine Ausweitung des Gemeinschaftskundeunterrichts“.¹

Nachdem sich die Kultusministerin lange gegen die öffentliche Kritik an der politischen Bildung gestäubt hat, nimmt die Staatsregierung nun eine Kurskorrektur vor. „Vielleicht haben wir zu lange gewartet, diese Maßgabe zu ändern“, begründet die Kultusministerin ihren Kurswechsel in der politischen Bildung in Schulen. Sie hat eine Expertenkommission eingesetzt, die Empfehlungen für eine bessere „Demokratieerziehung“ erarbeiten soll. Mit der Initiative, heißt es in der Presse, reagiere die Kultusministerin auf Ergebnisse aus dem jüngsten Sachsen-Monitor. In der repräsentativen Umfrage zeigte ein relativ hoher Anteil der jungen Generation menschenfeindliche oder gar rechtsradikale Einstellungen.

Ohne den Ergebnissen der Expertenkommission vorgreifen zu wollen, hält die einreichende Fraktion DIE LINKE die im Antrag aufgeführten Forderungen für unabdingbar, um die politische Bildung in Sachsen zu erneuern.

¹ vgl. Nancy Riegel, „Demonstranten von der Schulbank“, in: Sächsische Zeitung vom 26. Januar 2015, S. 6.